



KEESA

Kampagne für
Entschuldung und
Entschädigung im
Südlichen Afrika

Rundschreiben 29 März 2022

- «To hell with Shell» – Widerstand an der Wild Coast
- Bergbau nutzt Pandemie – Gerichte halten dagegen
- Budgetentwurf erzürnt die Menschen in Südafrika
- Swissport – Zondo-Kommission und State Capture
- Kommunalwahlen 2021
- Trauer um Desmond Tutu – Tod von F. de Klerk
- Preise für Literatur aus dem Südlichen Afrika
- Sambia seit den Wahlen im August
- CS-Kreditskandal – Mosambik existiert nicht

Erfolg von jahrzehntelangem Widerstand: Shell wirft das Handtuch an der Wild Coast

«To hell with Shell!» und «(S)hell no!» verkündeten die Plakate der Demonstrant*innen, die zu Hunderten erschienen – an der berühmten Waterfront in Kapstadt sowie an den pittoresken Stränden der Wild Coast. Denn genau da, 20km von der Küste entfernt in der südafrikanischen Provinz Eastern Cape, plante der britische Erdölriese Shell mehrmonatige seismische Untersuchungen, um nach Öl- und Gasvorkommen zu suchen.



Anti-Shell-Proteste in Südafrika.

Foto: Brenton Geach

Im November 2021 drangen die Pläne der Shell an die Öffentlichkeit. Gegen die seismischen Untersuchungen, die durch laute Knalle alle paar Sekunden einen erheblichen Einfluss auf das maritime Leben ausüben, organisierte sich schnell Widerstand. Eine Onlinepetition erhielt innert kürzester Zeit über 400'000 Unterschriften, und Proteste wurden organi-

siert. Dass das Vorhaben das maritime Leben betraf, rief neben lokalen Protestgruppen Strandgänger*innen, Surfer*innen, Umweltschützer*innen und Klimaaktivist*innen im ganzen Land auf den Plan. Eine erste rechtliche Intervention von Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen am Gericht des Eastern Cape wurde Anfang Dezember abgewiesen. Eine weitere Intervention, eingereicht von Vertreter*innen der lokalen Gemeinden, hob die Bedeutung des Meeres und der Küste für die lokale Bevölkerung hervor und betonte die Notwendigkeit, ebendiese Bevölkerung bei grundlegenden Entscheidungen zu konsultieren. Der Staat, der in diesem Prozess eine Kontrollfunktion habe, habe versagt. Entsprechend richtete sich das Interdikt nicht nur gegen Shell und Partnerfirmen, sondern auch gegen zwei staatliche Ministerien, vor allem das Ministerium für Bergbau und Energie unter Minister Gwede Mantashe. Am 28. Dezember entschied das Gericht des Eastern Cape zugunsten der lokalen Bevölkerung und stoppte das Vorhaben, bis eine ausdrückliche Genehmigung gemäss dem National Environmental Management Act vorliegt. Der Richter betonte in seinem Urteil die Bedeutung von lokalen Gewohnheitsrechten. Shell wurde dazu verpflichtet, die Gerichtskosten sowie die Anwaltskosten der Kläger*innen zu übernehmen. Das Urteil wurde landesweit gefeiert als ein weiteres Zeichen, dass Unternehmen wie Shell und die südafrikanische Regierung die lokale Bevölkerung und ihre in der Verfassung festgehaltenen Rechte nicht ignorieren dürfen.

ACCs Erfolg gegen australisches Bergbauunternehmen

Es ist nicht das erste Mal, dass die lokale Bevölkerung ein Gerichtsverfahren gegen einen Bergbau-riesen gewinnt. Vor zwanzig Jahren entdeckte das australische Bergbauunternehmen MRC Titanvorkommen an der Wild Coast. Von Anfang an wurden den lokalen Gemeinden Informationen zu den Deals zwischen der Regierung und der Firma vorenthalten, in Entscheidungsprozesse wurden sie nicht miteinbezogen. Es bildete sich Widerstand und das Amadiba Crisis Committee (ACC) wurde ins Leben gerufen, eine Basisorganisation mit flachen Hierarchien, die in Gemeindemeetings Informationen teilt und die Meinung der Bevölkerung abholt. Mit der Ankunft des australischen Unternehmens nah-

men Einschüchterungsversuche, Bestechungen und willkürliche Verhaftungen zu. Anfang 2016 wurde der Vorsitzende des ACC vor seinem Haus von Unbekannten erschossen. Das Verbrechen wurde nie aufgeklärt, weitere Aktivist*innen des ACC erhielten Morddrohungen. Nonhle Mbuthuma, eine der wichtigsten Sprecher*innen des ACC, sprach im Oktober 2016 an der KEESA-Konferenz zu Bergbau.

2018 folgte das wegweisende Urteil zugunsten der lokalen Bevölkerung: Südafrikas Oberster Gerichtshof in Pretoria entschied, dass lokale Gemeinschaften nicht nur konsultiert werden, sondern, als Besitzer*innen des Landes, ihre Zustimmung für neue Bergbauprojekte geben müssen. Auch die Berufung des Bergbauministers Mantashe änderte an diesem Entscheid nichts.

Bergbau nutzt Pandemie – Gerichte halten dagegen

Die NGO Corruption Watch – die südafrikanische Vertretung von Transparency International – geht Korruptionsfällen nach, leitet sie den zuständigen Behörden weiter und führt landesweite Anti-Korruptions-Kampagnen durch. Die KEESA führte ein Gespräch mit Mashudu Masuthu zum Thema Bergbau und Korruption während der Corona-Pandemie. Mashudu Mashuta leitet das Team der Abteilung «Rohstoffabbau».

Mashudu, du arbeitest vor allem an Untersuchungen zum Bergbau. Wie hat sich eure Arbeit während der Pandemie verändert?

Bei Corruption Watch stellten wir besonders zu Beginn der Pandemie einen signifikanten Anstieg an Korruptionsfällen fest, auch im Bergbausektor. In Südafrika wurde der Bergbau als essenzieller Wirtschaftssektor eingestuft. Das heisst, er durfte trotz Corona-Restriktionen weiterhin betrieben werden, während Unternehmen anderer Branchen geschlossen bleiben mussten. Während dieser Zeit berichteten uns Gemeinschaften, die vom Bergbau betroffen sind, von neuen Herausforderungen: Regierungsbeamte und Bergbauunternehmen waren aufgrund der Corona-Restriktionen nicht mehr erreichbar. Bergwerke waren zwar in Betrieb aber nur mit wenig Personal vor Ort. So konnten wichtige Gespräche zwischen Gemeinschaften, beispielsweise Verhandlungen zu Umsiedlungen oder Kompensationszahlungen, nicht geführt werden. Andernorts wurden Entscheidungen ohne die vorgeschriebenen Konsultationen der Gemeinschaften getroffen, da Versammlungen und Treffen nicht erlaubt waren.

Für Corruption Watch führte die Pandemie zu weiteren Schwierigkeiten. Wir konnten oft nicht feststellen, ob die Betreiber von Minen über eine Lizenz verfügten, ob sie Schürf- oder Explorationsrechte hatten, weil auch wir keinen Zugang zum Unternehmen, der Regierung oder der Verwaltung hatten. Manche Unternehmen nutzten die Situation bewusst aus.

Die Bergbaubranche befand sich in einem Unterbietungswettlauf. Die Stimmung war aggressiv. In Südafrika wurde die Lage definitiv ausgenutzt, besonders bei Minen, welche vor Corona stillgelegt wurden. Gerade weil Prozesse, wie Gemeindegkonsultationen, aufgrund der Restriktionen nicht beachtet werden «konnten», legten die Minen einfach los.

Wie kam es zu der Zunahme an Gerichtsverfahren?

Als die staatlichen Corona-Vorschriften gelockert wurden, führte dies zu einer starken Zunahme von Gerichtsklagen durch lokale Gemeinschaften. Sie machen sich laut bemerkbar, sind voller Kampfgeist und wollen ihre Rechte geltend machen. Das liegt auch an der starken Zivilgesellschaft, die sachkundig, qualifiziert und ausreichend finanziert ist. Und unsere Gerichte sind wirklich fantastisch. Das Verfassungsgericht erlässt unglaubliche, solide Urteile und Gemeinden können sich darauf verlassen.

Corruption Watch hat auch zur Xolobeni-Gemeinschaft gearbeitet, das war auch ein beeindruckendes Urteil...

Ja, tatsächlich. Im Dezember wurde ein entscheidendes Urteil bezüglich der seismischen Untersuchungen durch Shell erlassen. Bereits das frühere

Urteil von 2018, welches Xolobeni recht gegeben hatte, war wirklich unglaublich und es unterstreicht das heutige. Es bestätigt, dass die Gemeinschaft eng mit dem Land verbunden ist, dass dieses Stück Land von Menschen, die dort leben gepflegt, verwaltet und weiterentwickelt wird. Die Xolobeni Gemeinschaft muss gegen alle kämpfen, gegen die Regierung, gegen Bergbauunternehmen etc. Eindrücklich, wie sich das Gericht immer wieder auf ihre Seite stellt.

Weil dieses Land nicht Privatbesitz sein kann ...

Es wird als kommunales Land definiert, bestimmt von Wohnheitsrechten und der Beziehung zwischen Land und Mensch, welche man nicht voneinander trennen kann, bloss weil dort wertvolle Materi-

alien zu finden sind. Diese Denkweise unterscheidet sich grundlegend von Privateigentum, das andere Menschen ausschliesst, um auf dem Land machen zu können, was man will. Hier geht es um etwas anderes: Es geht um ein Zuhause, um ein Dach über dem Kopf, ja sogar mehr als das.

Leuten, die nur an Gewinn denken, erscheint die Vorstellung, Land nicht in monetären Werten zu messen, unverständlich. Wenn jetzt durch die Rechtsprechung und ein Umdenken in der Gesellschaft Land eine viel grundsätzlichere, nicht monetäre Dimension erhält, dann hat dies eine Menge Potential für die Gemeinschaften in Südafrika: Ein Wandel der schon lange ansteht.

Mashudu, wir danken dir für das Gespräch.

Budgetentwurf treibt in Südafrika Menschen auf die Strasse

«Das Budget ist das wichtigste Wirtschaftsinstrument der Regierung, da es die sozioökonomischen Prioritäten des Landes widerspiegelt.»

(Parliamentary Monitoring Group)

Der Budgetentwurf, den der südafrikanische Finanzminister Enoch Godongwana Mitte November 2021 präsentierte, birgt enormen sozialen Sprengstoff. Bereits gingen tausende Menschen auf die Strasse. Eine breite Koalition von sozialen Organisationen, darunter Cry of the Xcluded, Budget Justice Coalition, Black Sash oder Institute for Economic Justice (IEJ), sehen mit dem Budgetentwurf eine Zerreissprobe auf die südafrikanische Gesellschaft zukommen. Zwei Merkmale seien prägend, kritisiert das Thinktank IEJ: «umfangreiche Ausgabenkürzungen der Regierung und das völlige Fehlen einer Vision, wie Südafrika aus der derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Krise herauskommen soll.»

Massive Kürzungen bei Gesundheit und Bildung

Südafrika wurde von der Covid-19-Pandemie hart getroffen. Dennoch soll das nationale Budget für Gesundheit um 13 Prozent gesenkt werden. Die desaströsen Folgen werden sich gemäss Kritiker*innen nicht nur direkt im Gesundheitswesen zeigen, sondern auch in der wirtschaftlichen Entwicklung. Denn Gesundheit bein-

halte auch die sozialen Bedingungen, unter denen die Menschen aufwachsen.

Der Bildungsbereich ist mit fast 9 Prozent Kürzungen ebenfalls enorm betroffen. In KwaZulu Natal beispielsweise fehlen 2'000 Lehrkräfte. Mit den Budgetkürzungen wird es zu 4'000 Entlassungen kommen. Sie sollen durch Hilfskräfte ersetzt werden, die in einem präsidentialen Ausbildungsprogramm für Erwerbslose eine Schnellbleiche erhielten. Das stellt eine gute Ausbildung in Frage und ist keine Antwort auf die Jobkrise, in der sich das Land befindet. Bis 2025 sollen durch gekürzte Beiträge an die Gemeinden ausserdem rund 60'000 Stellen verloren gehen.



Genug der leeren Versprechen und leeren Töpfe.

Foto: Thamsanqa Mbovane

Unterstützungsgelder werden gestrichen

Die grösste Kürzung erfahren mit 15 Prozent die staatlichen Unterstützungsgelder. Das während der Covid-19-Pandemie eingeführte Unterstützungsgeld von 350 Rand (rund 20 CHF) – bei einer Armutsgrenze von 650 Rand – soll im März 2022 ersatzlos gestrichen werden. Das Kindergeld wurde leicht angehoben, die Erhöhung liegt jedoch unter der Inflationsgrenze, sodass real ein Verlust resultiert. Deshalb wird breit ein Allgemeines Grundeinkommen gefordert, nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass grosse Bevölkerungsteile in Südafrika hungern. Damit würde auch Kaufkraft geschaffen, die die Wirtschaft stimulieren und Arbeit schaffen würde.



Grundeinkommen statt Almosen.

Foto: Ashraf Hendricks

Erfreute Finanzmärkte

Finanzminister Godongwana verfolgt mit seinem Sparbudget zwei Ziele. Erstens die uneingeschränkte Bedienung des Schuldendienstes und Verzicht auf Steuererhöhungen. Auf der Einnahmenseite setzt er weiterhin auf Rohstoffabbau und unterminiert damit

einen ökologischen Wandel in der Wirtschaft. Statt die Staatsausgaben zu erhöhen, wie das viele Industrieländer in der Pandemie gemacht haben, setze Südafrika einzig auf wirtschaftliche Austerität und begeben sich damit auf jenen wirtschaftlich und sozial desaströsen Weg, den Griechenland vor einiger Zeit gegangen sei, kritisiert IEJ.

Die Wirtschaftselite reagierte hingegen positiv. Stellvertretend dazu die Äusserung von Carmen Nel, Ökonomin und Fondsmanagerin: «Der Markt reagierte mit Genugtuung, dass es keine negativen Überraschungen gab, wie z.B. die Andeutung von Steuererhöhungen.» Der Aktienmarkt legte zu, der Rand schloss fester.

Genug von leeren Versprechungen und leeren Töpfen

Unter diesem Titel hat die «Allianz zur Bekämpfung der Ungleichheit in Südafrika» Finanzminister Godongwana ein Memorandum zukommen lassen. «Während die Regierung die Ausgaben kürzte», heisst es da, «senkte sie die Steuern für Unternehmen. Das bedeutet, dass die Reichen noch reicher werden, weil sie weniger Steuern zahlen und dass die Regierung noch weniger Geld für öffentliche Dienstleistungen ausgeben kann. Wir haben genug von leeren Versprechungen, wir haben genug von leeren Töpfen. Es gibt Alternativen und viele Ressourcen, die wir nutzen können, um einen Haushalt zu finanzieren, der die Bedürfnisse der Menschen und des Planeten in den Vordergrund stellt. Es gibt keinen Grund, warum die Armen die Zechen zahlen und den Großteil der Kosten der Schuldenkrise tragen sollen, während der Privatsektor und die Reichen profitieren... Besteuert die Reichen und die großen Umweltverschmutzer, damit die Armen leben können! Erlaubt uns, unseren Planeten zu retten, denn die Reichen werden es sicher nicht tun!»

Swissport – Die Zondo-Kommission und die State Capture

Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung unzähliger Korruptionsfälle unter Südafrikas Ex-Präsident Jacob Zuma fällt auch der Name Swissport. Seit 2021 untersucht die «Zondo-Kommission» – unter dem Vorsitz des Verfassungsrichters Raymond Zondo – die weitreichenden korrupten Machenschaften während der Regierungszeit Zumas. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die praktisch ausgehöhlte parastaatliche Fluggesellschaft South African Airways (SAA).

Kürzlich erschien der erste von drei Teilen des Abschlussberichtes der Kommission. Darin erscheint auch «Swissport» eine der weltweit grössten Ser-

vicegesellschaften für Fracht- und Personenflugzeuge sowie Flughäfen. Swissport, 1996 als Tochterunternehmen der Swissair gegründet, gehört seit 2016 zur Chinesischen HNA Group und hat noch heute ihren Sitz in Opfikon bei Zürich.

Im Jahr 2012 übernahm Swissport die Bodenabfertigung für South African Airways (SAA) ohne offiziellen Vertrag. Dieser folgte erst 2016, ein Jahr vor Ablauf der fünfjährigen Auftragszeit, erneut für eine Laufzeit von fünf Jahren. Damit sicherte sich Swissport eine Verlängerung, ohne sich, wie vorgeschrieben, neu bewerben zu müssen.

Dubios am Deal war nicht nur die vertragslose Vergabe an Swissport, sondern die Zahlung von 28,5 Millionen Rand (heute 1,73 Millionen CHF) im Jahr 2016. Swissport hätte damals gemäss gesetzlichen Vorgaben 30 Prozent des Auftragsvolumens an ein südafrikanisches BEE-Unternehmen (black economic empowerment, BEE) in Untervertrag weitergeben müssen. Swissport lehnte dies vorerst ab. Einen Monat vor der Unterzeichnung des Vertrages zwischen SAA und Swissport bezahlte das damals noch in Schweizer Händen befindliche Unternehmen jedoch 28,5 Millionen Rand an das von der SAA vorgeschlagene BEE-Unternehmen JM Aviation. Trotz mehrfachen Anfragen der Zondo-Kommission konnte Swissport aber keinen einzigen Beweis dafür vorlegen, dass JM Aviation irgendwelche Dienstleistungen dafür erbrachte.

Und wohin floss das Geld? Gemäss Bankauszügen von JM Aviation wurden die Beträge innerhalb von Tagen an mit der SAA verbundene Personen ausbezahlt. 5 Millionen Rand wurden beispielsweise über mehrere Tage hinweg dem Anwalt Mbuleli Kolisi in bar übergeben. Zusätzliche 2,5 Millionen wurden mit

dem Vermerk «Pete» an dessen Kanzlei überwiesen. Am Tag darauf lieferte diese zwei brandneue Luxus-sportwagen als Geschenk an Lester Peter, den Chef des Beschaffungswesens von SAA.

Die Zondo-Kommission hält fest, dass diese korrupten Zahlungen dazu dienten, Swissport den Vertrag mit SAA zu sichern. Dass das Unternehmen darauf angewiesen war, bestätigte Ex-Swissport Chef Peter Kohl gleich selbst: Der Vertrag machte 70 Prozent des südafrikanischen Geschäftes aus, ohne diesen hätte Swissport die Südafrika-Tätigkeiten liquidieren müssen.

Ob Swissport wusste, dass die Zahlungen als Bestechungsgelder direkt an SAA-Funktionäre weitergereicht würden, konnte aber aufgrund von Zeugen-aussagen von Swissport nicht verifiziert werden.

Trotzdem empfiehlt die Kommission der Strafverfolgungsbehörde, Strafverfolgungen gegen alle aufzuneehmen, die in die Transaktion verwickelt waren. Swissport liess verlauten, dass das Unternehmen die Swissport betreffenden Schlussfolgerungen der Zondo-Kommission nicht teile.

Kommunalwahlen in Südafrika 1. November 2021

*Von Noor Nieftagodien,
Head of the History Workshop at Wits University.*

Die Mehrheit der Südafrikaner*innen, insbesondere die schwarze Arbeiterklasse und die armen Bevölkerungsgruppen, haben dem ANC am 1. November ein deutliches Misstrauensvotum ausgesprochen: 1994 erhielt die Partei 12,2 Millionen Stimmen, 2021 nur noch 5,2 Millionen Stimmen. Von den 42,6 Millionen Wahlberechtigten sind weniger als 12 Millionen zur Wahl gegangen. Mit anderen Worten: Mehr als 70 Prozent der Wähler*innen haben sich entweder nicht registrieren lassen oder sind der Wahl ferngeblieben. Dies spiegelt die wachsende Unzufriedenheit mit den grossen Parteien und die zunehmende Skepsis gegenüber der Wahlpolitik wider.

Obwohl die Beteiligung an den Kommunalwahlen seit dem Höhepunkt im Jahr 2011 (als 13,6 Millionen Menschen ihre Stimme abgaben, was 57,6 Prozent der registrierten Wähler entsprach) zurückgegangen ist, deuten die sinkende Wahlbeteiligung und die Niederlage des ANC bei den Wahlen auf eine Verschärfung der politischen Krise des Landes hin.

Alle grossen Parteien haben sich leerer Versprechungen über die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Armen und unehrlicher Rhetorik über

«neue Anfänge», «saubere Staatsführung» und «Korruptionsbekämpfung» schuldig gemacht. Sie haben durchwegs versagt, wenn es darum ging, das Leben der Mehrheit der Bevölkerung sinnvoll und dauerhaft zu verbessern. Vielmehr sind die Armen noch ärmer geworden, insbesondere seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie.

Grund für diese Misere ist das beharrliche Festhalten der Regierung an einer makroökonomischen Politik, die die lokale Wirtschaft abgewürgt hat: Das Wachstum stagniert nahezu, die Arbeitslosigkeit hat ein Rekordniveau von 44 Prozent erreicht, die Ungleichheit hat sich weiter verschärft, und mehr als 3 Millionen Menschen leiden täglich Hunger. Die geschlechtsspezifische Gewalt wütet weiter in unserer Gesellschaft, und die jüngste Kriminalitätsstatistik weist in nur drei Monaten zwischen Juli und September fast 10 000 Vergewaltigungen aus. Die sozioökonomische Krise ist auf lokaler Ebene besonders ausgeprägt, wo die doppelte Ungerechtigkeit von Sparmassnahmen und Korruption zu Stromausfällen, zunehmenden Unterbrechungen der Wasserversorgung und Wohnungsnot geführt hat.

*Auszug aus:
<https://www.mp.org.za/2021/12/09/local-government-elections-2021/>*

Trauer um Desmond Mpilo Tutu (1931 – 2021)

Desmond Tutu war ein engagierter Kämpfer gegen Unrecht, der auch nach dem Ende der Apartheid kein Blatt vor den Mund nahm, wenn er sich empörte. Er verurteilte die Apartheid zu einem Zeitpunkt, als seine anglikanische Kirche das nicht tat, und trat für internationale Sanktionen und gewaltfreien Widerstand gegen den Apartheidstaat ein. In den 1980er Jahren wurde er zusammen mit Winnie Madikizela-Mandela zu einer führenden Figur des internen Widerstandes. Er prangerte die Gewalt der südafrikanischen Sicherheitskräfte an, wandte sich aber auch gegen Mobjustiz (das sogenannte Necklacing) in den Townships. Dem ANC gehörte er nie an.

Der Übergang zur Demokratie war von schweren Krisen begleitet und drohte das Land in einen Strudel der Gewalt zu reissen. In dieser Situation wurde Tutu mit der Leitung der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) betraut, bei deren öffentlichen Anhörungen die von den Sicherheitskräften verüb-

ten Gräueltaten ans Tageslicht kamen. Als der damalige Präsident Thabo Mbeki die Publikation des TRC-Berichts verhindern wollte, wandte sich Tutu energisch dagegen. Dass die Regierung die von der TRC gemachten Empfehlungen bis heute ignoriert, ist nicht seine Schuld.

‘Arch’, wie er liebevoll genannt wurde, blieb seinen Prinzipien auch nach dem Ende der Apartheid treu. Er wandte sich engagiert gegen Homophobie und Fremdenfeindlichkeit, forderte Gerechtigkeit, unter anderem die Ordinerung von Frauen in der Kirche, und äusserte scharfe Kritik an der HIV/Aids-Politik der Regierung Mbeki. Er war einer der ersten, der die korrupte Regierung von Zuma mit der Kennzeichnung «schlimmer» als die Apartheid kritisierte, «weil man damals wenigstens wusste, was zu erwarten war». Als 2012 in Marikana 34 Minenarbeiter von der Polizei erschossen wurden, machte er keinen Hehl aus seinem Entsetzen. Er verglich Marikana mit Sharpeville und anderen Massakern der Apartheidzeit. Er schrieb von «einer kleinen Handvoll von megareichen Profiteuren der Black Economic Empowerment Politik, die es grandios verfehlten, die Kluft zwischen armen und reichen Südafrikaner*innen zu verkleinern». 2017, im Alter von 86 Jahren und bereits von Alter und Krankheit geschwächt, beteiligte er sich am Protestmarsch gegen die Regierung Zumas.

Den klein gewachsenen quirligen Tutu zeichneten Humor und ein ansteckendes Lachen aus, seine Freudentänze und auch sein Weinen waren Ausdruck einer ausgeprägten Emotionalität. Vor allem aber war er ehrlich und stand mutig ein für menschlichen Anstand und seine Überzeugungen.



Zum Tod von Frederick Willem de Klerk

FW de Klerk, der letzte Präsident des Apartheid-Regimes, starb am 11. November 2021 in seinem Haus in Pretoria an Krebs, nicht ohne vorher eine posthum auszustrahlende Videobotschaft aufzunehmen, in der er sich für «den Schmerz, die Verletzung, die Demütigung und den Schaden, den die Apartheid den farbigen Menschen in Südafrika zufügte», entschuldigte. Viele Menschen in Südafrika bezweifeln seine Aufrichtigkeit. De Klerk weigerte sich zeitlebens, zur Aufdeckung der während der Apartheid begangenen Verbrechen beizutragen, an denen er in verantwortlichen Positionen beteiligt war.

Während Kommentatoren auf der ganzen Welt auf die gemischte Hinterlassenschaft FW de Klerks hinwiesen, fand die Neue Zürcher Zeitung ausschliesslich lobende Worte für «Südafrikas Türöffner zur Demokratie». Die Haltung der NZZ verweist auf die damaligen engen Beziehungen des Schweizer Staates und besonders der Schweizer Wirtschaft zum Apartheidregime sowie auf deren Bemühungen für eine Machtübergabe, welche die Privilegien der weissen Herrscher möglichst intakt liess.

Lesen Sie den ausführlichen Artikel auf www.keesa.ch

Auszeichnungen 2021 für Literatur aus dem Südlichen Afrika

Literaturnobelpreis für Abdulrazak Gurnah

Der 1948 in Sansibar geborene Gurnah interessiert sich vornehmlich für die Beziehung zwischen der gewaltsamen Vergangenheit seiner ostafrikanischen Heimat unter deutscher und später britischer Kolonialherrschaft und der Erfahrung der Migration in England, wo Gurnah seit Längerem lebt: «Geschichte ist sehr wichtig, denn wir verstehen nichts, wenn wir nicht die Dummheiten kennen, die sich vor unserer Zeit ereigneten.»

Ausserdem ist Unterwegssein ein wesentliches Element des Werks Abdulrazak Gurnahs, wie schon der Titel seines ersten Romans «Memory of Departure» (1987) verdeutlicht. In «Das verlorene Paradies» (Paradise 1994; dt. Krüger, Frankfurt 1996) ist es das Bild der Karawane. Doch unterwegs geht es nicht nur um erfreuliche Begegnungen. Paradiese, so die Botschaft Gurnahs, gibt es nicht einmal in der Erinnerung; doch nur das Erinnern und das Nachdenken über Herkunft und Angekommensein macht den Menschen aus.

Man Booker Prize an Damon Galgut für „Das Versprechen“

Damon Galgut (1963 in Pretoria geboren) erzählt in seinem Roman «Das Versprechen» vom zunehmenden

den Zerfall einer weißen südafrikanischen Familie, die auf einer Farm ausserhalb Pretorias lebt. Er schildert eine Familiengeschichte, die sich über dreissig Jahre des politischen Umbruchs in Südafrika erstreckt - von der Apartheid bis hin zur Demokratie. Während sich das Land von den alten tiefen Spaltungen zu einer neuen, gerechteren Gesellschaft hinbewegt, schwebt über allem die Frage: Wie viel Verbitterung, wie viel Erneuerung, wie viel Hoffnung bleiben?

Tsitsi Dangarembga erhält Friedenspreis des deutschen Buchhandels

In ihrer Romantrilogie – Aufbrechen (Freiheit mit gesenktem Kopf), Verleugnen, Überleben – beschreibt Tsitsi Dangarembga (geboren 1959 in Simbabwe) am Beispiel einer heranwachsenden Frau den Kampf um das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und weibliche Selbstbestimmung in Simbabwe. Dabei zeigt sie soziale und moralische Konflikte auf, die weit über den regionalen Bezug hinausgehen und Resonanzräume für globale Gerechtigkeitsfragen eröffnen. Als «bedeutende Regisseurin des jüngeren afrikanischen Kinos» thematisiert sie in ihren Filmen Probleme, die durch das Aufeinandertreffen von Tradition und Moderne entstehen.

Quellen: afrika süd, perlentaucher, homepage friedenspreis

Sambia seit den Wahlen im August

Die Abwahl des Patriotic Front Führers Edgar Lungu und die Wahl der Oppositionspartei UPND mit Hakainde Hichilema im August 2021 fand internationale Beachtung (wir berichteten) als Beispiel einer funktionierenden Demokratie in einer Region, in der autokratische Regierungen dominieren. Seitdem wird Sambia international aber vor allem wegen seiner Umschuldungsstrategie genau beobachtet. Noch unter Lungu bekannte sich Sambia vor dem Hintergrund der Coronakrise als erstes Land als zahlungsunfähig und stellte noch im November 2020 die Zahlungen ein.

Um der zu erwartenden Verschuldung von weiteren Ländern im globalen Süden entgegenzuwirken, arbeiteten die G20-Staaten den sogenannten Common Framework aus. Umgesetzt wurde ein sechsmonatiges Schuldenmoratorium – also ein Aussetzen des Schuldendienstes. Es wurde schnell klar, dass dies nicht reicht: nicht nur lässt es den Schuldenberg intakt, es konzentriert sich auch ausschliesslich auf die

G20-Staaten als Schuldner und nimmt so wichtige Akteure wie private und multilaterale Gläubiger (und auch Staaten wie China) nicht in die Pflicht. Hier fordert das deutsche Schuldenbündnis erlassjahr.de, eine Partnerin der KEESA, eine Gleichbehandlung aller Gläubiger.

Die sambische Regierung unter Hichilema stand nach der Machtübernahme vor der Entscheidung, öffentliche Ausgaben (weiter) zu kürzen oder Schuldendienstzahlungen einzustellen. Tatsächlich war das Schuldenloch noch grösser als befürchtet. Das Wahlversprechen und die ersten fünf Monate der Regierung deuten eindeutig in Richtung von Kürzungen: angesetzt hat HH performativ wirkungsvoll vor allem bei seinen Ausgaben, indem er mit kleinen Delegationen an internationale Treffen reiste; zudem strich er einige Ministerien und entliess der Korruption verdächtige Amtsträger. Mit diesen und weiteren Massnahmen gewann HH die Gunst des IWF und der Weltbank und anfangs Dezember verkündete

der IWF ein «staff-level agreement» als ersten erfolgreichen Verhandlungsschritt. Die Gunst der Wähler*innen wiederum versucht der neue Präsident mit einer gleichzeitigen Ausweitung der Staatsausgaben zu behalten: die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Gesundheits- und Erziehungssektor sowie die Streichung von Schulgebühren auf der Grundstufe. Diese neuen Ausgaben müssen auch finanziert werden – zumal der Schuldendienst ja weitergeht – und Ende 2021 verkündete HH den Stopp staatlicher Subventionen des Benzinpreises, was für viele Sambier*innen eine schmerzhaft Grenze überschritt. Konzessionen gegenüber dem für den wirtschaftlichen Aufschwung zentralen Bergbausektor in Form von Steuersenkungen sind zu erwarten.

International präsentiert sich Sambia kompetent und marktorientiert, und der Enthusiasmus im Land selber ist immer noch sehr hoch. Kritisch kommentiert werden jedoch seine männerdominierte Auswahl an Kabinettsmitgliedern sowie der Fokus auf Vermögenswiederherstellung anstatt der Verfolgung sich bereichernder Entscheidungsträger*innen während Lungus Regierungszeit. Noch ist unklar, wohin die Reformen und die Verhandlungsbemühungen mit den internationalen Finanzinstitutionen gehen werden: schafft es die neue Regierung, positive Veränderungen im Leben der Bürger*innen zu bringen? Werden der IWF und die G20 Staaten am Fall Sambia zur Einsicht kommen, dass hochverschuldete Staaten nicht sowohl staatliche Ausgaben weiter kürzen

und gleichzeitig private und multilaterale Gläubiger bedienen kann? Wird der IWF am Beispiel Sambia sein Versagen eingestehen und mehr Gleichberechtigung aller Gläubiger einfordern? Für Sambier*innen sind die Antworten auf diese Fragen zentral. Greifbar werden sie in den täglichen Ausgaben für Meismehl und Transport, Zugang zu Bildung und Gesundheitsleistungen sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen in der von aussen dominierten Wirtschaft.



CS-Kreditskandal: Mosambik existiert nicht

Weiterhin ist der skandalöse Kredit, den die Credit Suisse Mosambik gewährte, für die hiesige Öffentlichkeit kein Thema. Als kürzlich das schlechte Jahresergebnis der CS vorgestellt wurde, erwähnten die Medien die bekannten Verlustgeschäfte Archos und Greensill oder den neuen Skandal um Geldwäsche von Drogengeldern. Kein Wort aber zum illegitimen Milliardenkredit an Mosambik. Zwar ist die CS deswegen in London kürzlich verurteilt worden und auch die Finma hat sich zu einer Rüge durchgerungen.

Der tatsächliche Skandal liegt aber darin, dass die

Menschen in Mosambik die Zeche bezahlen müssen. Die KEESA hat eine Analyse zu den «Kosten und Folgen der versteckten Schulden» angeschaut. Sie zeigt auf, wie aus 2 USD Milliarden letztlich Kosten von 11 USD Milliarden entstehen und welche Konsequenzen das für die Menschen in Mosambik hat. Das Afrika-Bulletin hat dazu einen Artikel veröffentlicht. Sie finden ihn als Beilage zu diesem Rundbrief.

Afrika-Bulletin – am Besten
im Abonnement:

www.afrikakomitee.ch



Mitarbeit an diesem Rundschreiben:

Aurora García, Anne-Sophie Hobi, Daniela Lilja,
Rita Kesselring, Barbara Müller, Urs Sekinger

KEESA, Postfach 195, 4005 Basel
info@keesa.ch www.keesa.ch

Auch wenn die Arbeit der KEESA grösstenteils ehrenamtlich geleistet wird, ist die KEESA immer auf finanzielle Unterstützung angewiesen!

PC 30-494115-9
IBAN CH82 0900 0000 3049 4115 9